

Satzung

des

Drachenbootverein Schwerin e.V.

(Beschlussfassung auf der Mitgliederversammlung vom 24.06.2025)



Drachenbootverein Schwerin e.V.
Bornhövedstraße 109
19055 Schwerin
www.dbv-schwerin.de

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Folgenden auf die gleichzeitige Verwendung weiblicher und männlicher Sprachformen verzichtet und das generische Maskulinum verwendet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

§ 1 Name und Sitz des Vereins

- 1.) Der Verein führt den Namen: *Drachenbootverein Schwerin e.V.*
- 2.) Sitz des Vereins ist Schwerin.
- 3.) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke, im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“, der Abgabenordnung.
- 4.) Vereinsjahr und Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Vereinszweck – Gemeinnützigkeit

- 1.) Zweck des Vereins ist die Ansiedlung, Förderung und Verbreitung des Drachenbootsports in und um Schwerin.
- 2.) Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch:
 - a.) Der Drachenbootsport lebt durch den Leistungswillen des Einzelnen, im Team, im Wettbewerb, mit hoher Bereitschaft zu eigener Disziplin. Er bildet und erfordert Persönlichkeit.
 - b.) Der Drachenbootsport soll als Breiten- und Leistungssport vor allem für Jugendliche gefördert werden. Drachenbootrennen sind mit ihrer sportlichen Spannung eine bunte Attraktion mit besonderem Flair für Teilnehmer und Zuschauer bei hohem Unterhaltungswert.
 - c.) Drachenbootsport bietet ein hohes Naturerlebnis in der Schweriner Seenlandschaft, besonders für Jugendliche Gruppen. Die Jugendlichen wachsen durch diese ~~eine~~ Erlebnisgemeinschaft in die soziale Lebensgemeinschaft.
 - d.) Der Drachenbootsport erfüllt einen hohen sozialen Anspruch. Diesem Anspruch stellt sich der Verein und will damit einen Beitrag dazu leisten, dass vor allem Jugendliche sich teamorientiert in der Gesellschaft engagieren.
- 3) Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- 4) Die Zwecke des Vereins sind die
 - Förderung des Sports (§ 52 Abs. 2 Nr. 21 AO)
 - Förderung der Erziehung (§ 52 Abs. 2 Nr. 7 AO)
 - Förderung der Jugend- und Altenhilfe (§ 52 Abs. 2 Nr. 4 AO)
 - Förderung der internationalen Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens (§52 Abs. 2 Nr. 13 AO)

- 5) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
- 6) Keine Person darf durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
- 7) Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an den Sportsportbund Schwerin, der das Vermögen unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.

§ 3 Vereinsämter

- 1.) Die Vereinsämter werden grundsätzlich ehrenamtlich ausgeübt.
- 2.) Bei Bedarf können Vereinsämter im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten entgeltlich auf der Grundlage eines Dienstvertrages oder gegen die Zahlung einer angemessenen Aufwandsentschädigung nach §3 Nummer 26a EStG ausgeübt werden. Die Entscheidung über eine entgeltliche Vereinstätigkeit trifft der geschäftsführende Vorstand (siehe § 10). Gleiches gilt über die Vertragsinhalte und die Vertragsbeendigung. Die Mitglieder sind im Rahmen der ordentlichen Mitgliederversammlung jährlich über entsprechende Vereinbarungen zu informieren.
- 3.) Die Mitglieder und die Mitarbeiter des Vereins haben einen Aufwandsersatzanspruch nach §670 BGB für solche Aufwendungen, die ihnen durch die Tätigkeit für den Verein aufgrund einer Weisung des geschäftsführenden Vorstandes entstanden sind. Hierzu gehören insbesondere Fahrtkosten, Reisekosten, Porto, Telefon. Der Anspruch auf Aufwandsersatz ist bis spätestens zum Ende des Geschäftsjahres geltend zu machen. Erstattungen werden nur gewährt, wenn die Aufwendungen mit Belegen und Aufstellungen, die prüffähig sein müssen, nachgewiesen werden.
- 4.) Per Beschluss vom geschäftsführenden Vorstand können im Rahmen der steuerrechtlichen Möglichkeiten Grenzen über die Höhe des Aufwandsersatzes nach §670 BGB festgesetzt werden. Weitere Einzelheiten regelt die Gebührenordnung des Vereins, die vom erweiterten Vorstand erlassen und geändert wird.

§ 4 Verbandszugehörigkeit

Der Verein ist Mitglied des Deutschen Drachenboot Verbandes sowie seiner untergeordneten Organisation, im Landessportbund Mecklenburg-Vorpommern e.V. und im Sportsportbund Schwerin e.V.. Er selbst und seine Mitglieder sind der Satzung dieser Verbände unterworfen.

§ 5 Mitgliedschaft

- 1.) Der Verein hat Mitglieder und Ehrenmitglieder.

- 2.) Ehrenmitglieder müssen den Vereinszweck in besonderem Maße gefördert haben und werden durch Beschluss des geschäftsführenden Vorstandes zu Ehrenmitgliedern ernannt. Die Ernennung ist den Mitgliedern auf einer ordentlichen Mitgliederversammlung schriftlich zum Versammlungsprotokoll bekanntzugeben und zu erläutern.
- 3.) Mitglied des Drachenbootvereines Schwerin e.V. kann jede natürliche oder juristische Person sein.
- 4.) Die Mitgliedschaft wird schriftlich unter Angabe der im Aufnahmeantrag benannten Punkte bei dem geschäftsführenden Vorstand des Vereins beantragt. Der Inhalt des Aufnahmeantrages ist durch geschäftsführenden Vorstand zu beschließen. Minderjährige bzw. beschränkt geschäftsfähige Personen müssen die Zustimmung ihres gesetzlichen Vertreters nachweisen. Mit dem Antrag auf Mitgliedschaft erkennt der Bewerber für den Fall der Aufnahme die Satzung, die Beitragsordnung sowie die Hausordnung des Vereins an. Der Vorstand entscheidet über die Aufnahme.
- 5.) Die Mitgliedschaft im Drachenbootverein Schwerin e.V. wird nach erfolgter schriftlicher Bestätigung durch den geschäftsführenden Vorstand und der ersten Beitragszahlung erworben.
- 6.) Eine Ablehnung des Aufnahmeantrages muss dem Antragssteller ebenfalls schriftlich mitgeteilt werden.

§6 Rechte und Pflichten der Mitglieder

- 1.) Die Mitglieder sind verpflichtet, die Bestrebungen und Interessen des Vereins nach Kräften zu unterstützen sowie die Beschlüsse der Vereinsorgane zu befolgen.
- 2.) Die Mitglieder sind berechtigt, die Einrichtungen des Vereins zu Vereinszwecken zu benutzen und an den Veranstaltungen teilzunehmen.
- 3.) Die Mitglieder haben die Pflicht zur Erfüllung der Beiträge gemäß Beitragsordnung.
- 4.) In der Mitgliederversammlung haben alle Mitglieder, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, eine gleichberechtigte Stimme. Das Stimmrecht von Mitgliedern, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, kann im Rahmen des Aufnahmeantrages von den gesetzlichen Vertretern auf das minderjährige Mitglied übertragen werden.
- 5.) Bei juristischen Personen kann das Stimmrecht nur von einer Person ausgeübt werden, die zu Vertretung auch im Geschäftsverkehr zumindest mit vertretungsberechtigt und gegenüber dem Verein zur Vertretung schriftlich bevollmächtigt ist. Die Vollmacht muss bei Stimmabgabe dem Vorstand vorliegen.
- 6.) Eine Übertragung des Stimmrechts ist auf Antrag möglich. Die Entscheidung darüber trifft der Vorstand nach schriftlicher Antragstellung.

§ 7 Beitrag

- 1.) Die Beitragszahlung wird durch eine Beitragsordnung geregelt.
- 2.) Diese wird von der Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder beschlossen oder geändert. Wenn ein Beschluss darüber gefasst werden soll, so ist dieser als Tagesordnungspunkt im Einladungsschreiben zur Mitgliederversammlung anzugeben.
- 3.) In der Beitragsordnung sind Höhe der Mitgliedsbeiträge, die Zahlungsfristen und die Zahlungsmodalitäten geregelt.
- 4.) Mitgliedern, die in finanzielle Not geraten sind, können die Beiträge gestundet oder für die Zeit der Notlage teilweise oder ganz erlassen werden.

Die Entscheidung darüber trifft der geschäftsführende Vorstand nach schriftlicher Antragsstellung durch das Mitglied.

§ 8 Erlöschen der Mitgliedschaft

- 1.) Die Mitgliedschaft geht verloren durch
 - a. Tod
 - b. Austritt durch schriftliche Erklärung bis spätestens zum 30. September des Jahres mit Wirkung zum Ende des Kalenderjahres gegenüber dem Vorstand
 - c. Bei Nichterfüllung der Zahlungsverpflichtung gemäß Beitragsordnung zum Ende des Kalenderjahres, mit Streichung aus der Mitgliederliste
 - d. Ausschluss.
- 2.) Durch Beschluss des Vorstandes kann ein Mitglied aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt.

Ausschließungsgründe sind insbesondere

- Grobe Verstöße gegen Satzung oder Interessen des Vereins sowie gegen Beschlüsse der Vereinsorgane
 - Unehrenhaftes Verhalten innerhalb und außerhalb des Vereins.
 - Wenn ein Mitglied den Verpflichtungen aus der verbindlichen Beitragsordnung nicht nachkommt.
- 3.) Ein Mitglied kann nach Anhörung durch den geschäftsführenden Vorstand durch diesen, der Beschluss bedarf einer 2/3 Mehrheit, aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn es in schwerwiegender Weise gegen die Vereinsinteressen verstößt. Gegen den Beschluss kann innerhalb von vier Wochen nach Zugang der Entscheidung schriftlich Einspruch erhoben werden, über den die nächste Mitgliederversammlung endgültig entscheidet.
 - 4.) Ein Mitglied verliert mit seinem Ausscheiden aus dem Verein alle Rechte an dem Vereinsvermögen.

- 5.) Eine anteilige Rückerstattung des Jahresbeitrages bei einer Beendigung der Mitgliedschaft ist ausgeschlossen.

§ 9 Vereinsorgane

Organe des Vereins sind

- Der geschäftsführende Vorstand
- Die Mitgliederversammlung

§10 Geschäftsführender und erweiterter Vorstand

- 1.) Vorstandsmitglieder können nur Mitglieder des Vereins werden, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und zum Zeitpunkt der Vorstandswahl mindestens zwei Jahre Mitglied in dem Verein sind.
- 2.) Der geschäftsführende Vorstand besteht aus 3 Mitgliedern.
- dem Vorsitzenden
 - dem stellvertretenden Vorsitzenden
 - dem Schatzmeister
- 3.) Der erweiterte Vorstand kann aus bis zu 5 weiteren Vorstandsmitgliedern zusätzlich zum geschäftsführenden Vorstand gebildet werden, wobei eine Person im erweiterten Vorstand auch zwei Posten übernehmen kann.

Posten des erweiterten Vorstandes können zum Beispiel sein:

- Schriftführer
- Jugendwart
- Sportwart
- Geländewart
- Bootswart

Der geschäftsführende Vorstand legt die erweiterten Vorstandsposten fest.

- 4.) Der Vorstand wird von einer ordentlichen Mitgliederversammlung gewählt.
- 5.) Der Vorsitzende und der Schatzmeister werden für 5 Jahre gewählt und müssen in der ersten Amtszeit nach 2 Jahren durch die Mitgliederversammlung bestätigt werden. Der stellvertretende Vorsitzende und die weiteren Vorstandsmitglieder werden für 3 Jahre gewählt. Eine mehrmalige Wiederwahl ist möglich.
- 6.) Der stellvertretende Vorsitzende hat das Amt des Schriftführers zu übernehmen, sofern kein Schriftführer in den erweiterten Vorstand gewählt worden ist.
- 7.) Die Aufgabenzuweisung innerhalb des Vorstandes wird durch einen Geschäftsverteilungsplan geregelt. Dieser wird vom Vorstand eigenverantwortlich aufgestellt und mit einfacher Mehrheit vom geschäftsführenden Vorstand beschlossen.

- 8.) Möchte ein Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes vor Ablauf seiner Amtszeit sein Amt niederlegen, dann ist eine Mitgliederversammlung zeitnah zur Neuwahl einzuberufen. Der geschäftsführende Vorstand darf sein Amt nur auf einer zu diesem Zweck der Neuwahl einberufenen Mitgliederversammlung niederlegen. Er ist verpflichtet, bis dahin die Geschäfte weiterzuführen.
- 9.) Scheidet ein Mitglied des erweiterten Vorstandes vor Ablauf seiner Amtszeit aus, so werden seine Aufgaben kommissarisch bis zur Neuwahl auf der nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung durch die verbleibenden Vorstandsmitglieder übernommen.

§ 11 Geschäftsbereich des Vorstandes

- 1.) Die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes vertreten den Verein gerichtlich und außergerichtlich in allen Vereinsangelegenheiten (§26 BGB). Sie können jeweils den Verein allein vertreten um Beschlüsse des geschäftsführenden Vorstandes umzusetzen.
- 2.) Weitere Vorstandsmitglieder können den Verein jeweils nur gemeinsam mit einem vertretungsberechtigten Vorstandsmitglied vertreten.
- 3.) Der geschäftsführende Vorstand kann einem oder mehreren Mitgliedern des erweiterten Vorstands eine schriftliche Vollmacht zur Vertretung des Vereins für spezielle Aufgaben erteilen. Die Vollmacht muss auf diesen Aufgabenbereich beschränkt sein.

§ 12 Vorstandssitzungen und Beschlüsse des Vorstandes

- 1.) Vorstandssitzungen werden grundsätzlich als nicht-öffentliche Versammlungen in Präsenz oder Digital durchgeführt. Einladungen müssen gegenüber allen Vorstandsmitgliedern schriftlich oder elektronisch erfolgen. Über die Besprechung ist ein Sitzungsprotokoll zu erstellen.
- 2.) Der geschäftsführende Vorstand ist beschlussfähig, wenn alle Vorstandsmitglieder eingeladen sind und dieser mehrheitlich anwesend ist. Der geschäftsführende Vorstand entscheidet mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Der erweiterte Vorstand hat bei Vorstandssitzungen nur beratende Funktion.
- 3.) Der Vorstand hat mindestens einmal jährlich jeweils einen Vertreter der im Drachenbootverein Schwerin e.V. organisierten Teams zu einer erweiterten Vorstandssitzung einzuladen. Er kann darüber hinaus weitere Vertreter der verschiedenen an dem Zweck des Vereins mitwirkenden Interessengruppen hinzuziehen, wenn dies erforderlich ist. Auf Beschluss des Vorstandes kann den jeweiligen Vertretern der organisierten Teams in einzelnen Fragen ein Stimmrecht eingeräumt werden, sofern es sich nicht um Angelegenheiten handelt, die im Rahmen einer Mitgliederversammlung zur Beschlussfassung kommen müssen. Das Stimmrecht ist im Sitzungsprotokoll der erweiterten Vorstandssitzung zu vermerken.

§ 13 Ordentliche Mitgliederversammlung

Im ersten Quartal des jeweiligen Kalenderjahres findet eine ordentliche Mitgliederversammlung statt. Der Termin für die ordentlichen Mitgliederversammlung ist bis zum 15.01. des Kalenderjahres bekannt zu geben.

- 1.) Anträge von Mitgliedern zu Tagesordnungspunkten sind bis 3 Wochen vor der Mitgliederversammlung schriftlich oder elektronisch beim geschäftsführenden Vorstand einzureichen und zu begründen.
- 3.) Mitgliederversammlungen werden ausschließlich als Präsenzversammlung durchgeführt. Die Einberufung muss mindestens 14 Tage vor dem Termin der Versammlung schriftlich oder elektronisch erfolgen und die vom Vorstand aufgestellte Tagesordnung enthalten.

Diese hat zwingend folgende Punkte zu enthalten

- die Wahl eines Versammlungsleiters
- die Genehmigung des Jahresabschlusses
- die Wahl der Kassenprüfer
- die Entlastung des Vorstandes
- Sonstiges

Bei Bedarf sind folgende Punkte auf die Tagesordnung aufzunehmen:

- Die Neuwahl des Vorstandes
- Satzungsänderungen
- Die Festsetzung der Aufnahmegebühr und der Beiträge in einer Beitragsordnung
- Anträge des Vorstandes und der Mitglieder
- Die Auflösung des Vereins

§ 14 Beschlüsse der Mitgliederversammlung

- 1.) Die Mitgliederversammlung beschließt über
 - die Wahl eines Versammlungsleiters
 - die Genehmigung des Jahresabschlusses
 - die Wahl der Kassenprüfer
 - die Entlastung des Vorstandes
 - die Neuwahl des Vorstandes
 - Satzungsänderungen
 - die Festsetzung der Beiträge
 - Anträge des Vorstandes und der Mitglieder
 - die Auflösung des Vereins
- 2.) Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn bei ordnungsgemäßer Einladung mindestens 10% der Mitglieder erschienen sind. Bei Beschlüssen über die Änderung der Satzung oder die Auflösung des Vereins ist die Anwesenheit von 50% der stimmberechtigten Mitglieder erforderlich.

- 3.) Ist eine ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung beschlussunfähig, so ist unverzüglich eine neue innerhalb einer Frist von 14 Tagen einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig ist. Bei der erneuten Einberufung ist darauf hinzuweisen, dass die nächste Versammlung ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig sein wird. Die Tagesordnung ist der erneuten Einladung nochmals beizufügen.
- 4.) Die Beschlussfassung erfolgt durch einfache Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet im Falle einer Wahl das Los, in anderen Fällen die Stimme des Vorsitzenden. Bei Beschlüssen über die Änderung der Satzung oder die Auflösung des Vereins ist eine Stimmenmehrheit von 75% der anwesenden Stimmen erforderlich.
- 5.) Der geschäftsführende Vorstand ist ermächtigt, Änderungen dieser Satzung, die vom Registergericht, Finanzamt oder anderen gesetzgebenden Organen verlangt werden, selbstständig vorzunehmen, sofern diese Änderung für die Mitglieder materiell unerheblich ist. Über die Änderungen hat der geschäftsführende Vorstand auf der nächsten Ordentlichen Mitgliederversammlung zu berichten.
- 6.) Über die einzelnen Tagesordnungspunkte und Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll zu erstellen, das von dem Versammlungsleiter und dem Schriftführer gegenzuzeichnen ist. Das Protokoll ist allen Mitgliedern des Vereins schriftlich oder elektronisch zuzusenden.
- 7.) Die Mitgliederversammlung wählt jährlich mindestens zwei Kassenprüfer. Diese überwachen die Kassengeschäfte des Vereins. Eine Überprüfung hat mindestens einmal im Geschäftsjahr zu erfolgen. Über das Ergebnis ist der ordentlichen Mitgliederversammlung zu berichten. Kassenprüfer können nur Mitglieder des Vereins sein, die nicht dem Vorstand angehören und nicht Angestellte des Vereins sind.

§ 15 Außerordentliche Mitgliederversammlung

- 1.) Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist einzuberufen:
 - a. Auf Wunsch des Vorstandes
 - b. Auf schriftliches Verlangen von mindestens 20% der Mitglieder unter Angabe der vorgeschlagenen Tagesordnung
- 2.) Im Übrigen gelten für die außerordentliche Mitgliederversammlung die Bestimmungen für die ordentliche Mitgliederversammlung entsprechend.

§ 16 Ausschüsse

- 1.) Der Vorstand kann zu seiner Beratung und Unterstützung für spezielle Aufgaben Ausschüsse bilden, in denen auch Mitglieder des Vereins tätig sein können, die nicht Vorstandsmitglieder sind.

- 2.) Die Ausschüsse können im Minderheitsverhältnis von nicht mehr als 25% auch mit Nichtmitgliedern als stimmberechtigte Gäste besetzt werden, wenn diese für die zu behandelnden Gebiete persönlich und fachlich geeignet sind.
- 3.) Der Vorstand kann Ausschüsse aufheben oder einzelne Mitglieder aus dem Ausschuss abberufen.
- 4.) Der Vorstand hat für das Zusammenwirken mit dem Ausschuss Sorge zu tragen.

§ 17 Auflösung des Vereins

- 1.) Die Auflösung des Vereins kann nur von einer satzungsmäßig einberufenen Mitgliederversammlung unter Einhaltung der für sie vorgesehenen Regelung vorgenommen werden.
- 2.) Für den Fall der Auflösung werden der Vorsitzende, der stellvertretende Vorsitzende und der Schatzmeister zu Liquidatoren ernannt. Ihre Beschlussfassung muss einstimmig erfolgen. Rechte und Pflichten der Liquidatoren bestimmen sich im Übrigen nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches (§§ 47 ff BGB).

§ 18 Inkrafttreten der Satzung

Die Satzung wurde in der Mitgliederversammlung vom 24.06.2025 geändert und tritt mit Ihrer Bekanntgabe in Kraft.

Schwerin, 24.06.2025